



Dr. Georg Erber ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Wettbewerb und Verbraucher am DIW Berlin.

Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

China im Reformprozess: Ein bisschen mehr Marktwirtschaft und Zivilgesellschaft?

Auf dem Dritten Plenum der Kommunistischen Partei Chinas sind einige hoffnungsvolle Zeichen gesetzt worden. Die verabschiedete Reformagenda soll wichtige Reformschritte für die kommenden Jahre in Gang setzen. Hierzu zählen insbesondere die Absicht, mehr Markt zu wagen und die dominierende Rolle des Staates in der Wirtschaft etwas zurückzudrängen.

So sollen Privatbanken zugelassen werden, um das Schattenbankensystem auszutrocknen. Damit soll die Rolle der vier großen chinesischen Staatsbanken, die das Kreditgeschäft mit den offiziellen Stellen überwiegend unter sich aufgeteilt haben, aber Privatunternehmen den Zugang zu Krediten verwehren, geschwächt werden. Ein Grund ist die anschwellende Flut an faulen Krediten, die die Finanzstabilität des Landes gefährdet. Chinas Finanzsektor ist bisher noch weit von einem effizienten System der Kreditvergabe entfernt. Der Reformbedarf ist mithin aus Sicht der Staatsführung unabweisbar geworden.

Um der Schwellenländern wie China drohenden *middle income trap* zu entgehen, will das Land sich in Richtung auf neue innovative Wirtschaftszweige restrukturieren. Bis zum Jahr 2020 möchte China im Bereich der Innovationen international wettbewerbsfähig sein und auf Augenhöhe mit den führenden Ländern der westlichen Welt stehen. Ob sich dieses ambitionierte Ziel erreichen lässt, bleibt abzuwarten. Auch in Europa hat die EU-Kommission mit der Lissabon-Agenda und zuletzt mit der 2020-Wachstumsstrategie ihren Mitgliedsländern hohe Zielmarken gesetzt. Am Ende ist es dann – siehe Lissabon-Agenda – anders gekommen. Auch in China wachsen die Bäume nicht in den Himmel, wie die Pannen beim Aufbau des Hochgeschwindigkeitsnetzes bei den Eisenbahnen belegt haben. Die aus dem Wachstumsboom der vergangenen Dekade resultierenden gravierenden Umweltprobleme sind eine Hypothek, die nun abgetragen werden muss. Dies wird Milliarden verschlingen, aber nicht unmittelbar das Wirtschaftswachstum voranbringen. *Green growth* ist auch *slower growth*.

Darum senkte die Parteiführung bereits das Wachstumsziel als Leitindikator auf eine nachhaltigere Rate von rund sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts anstelle der zuvor zweistelligen Wachstumsraten. Kurzfristiges Wachstum soll durch nachhaltigeres ersetzt werden.

China steht wie die westlichen Länder vor einer demographischen Herausforderung. Durch die Ein-Kind-Politik der zurückliegenden Jahrzehnte überaltert die Bevölkerung zusehends. Hinzu kommt ein Gender-Bias, da in China männliche gegenüber weiblichen Nachkommen durch illegale Abtreibungen bevorzugt worden sind. Nun fehlen den heiratswilligen Männern die Ehefrauen, um den erforderlichen Nachwuchs in die Welt zu setzen. Die Partei hat darum eine gewisse Lockerung der Ein-Kind-Politik beschlossen – allerdings unter der Voraussetzung, dass zumindest ein Ehepartner aus einer Ein-Kind-Familie stammt.

Auch etwas weniger Repression gegenüber der Zivilgesellschaft soll es geben. Die Umerziehungslager aus der Zeit Mao Tse-tungs sollen geschlossen werden. Weniger Exekutionen von Straftätern wegen vielfältiger Vergehen sollen ausgeführt werden. Das ist sicherlich zu begrüßen. Ob damit aber ein Prozess eingeleitet ist, die Repression der chinesischen Zivilgesellschaft zu mildern, bleibt jedoch ungeklärt. Dissidenten sitzen weiterhin ohne Prozess und rechtsstaatliches Verfahren in Haft. Das Internet wird rigider als je zuvor kontrolliert. Die freie Meinungsäußerung der Bürger wird weiterhin als Bedrohung des Systems angesehen und unterdrückt.

So bleibt als vorläufiges Fazit der jetzt verkündeten Strategie festzuhalten: China will erste vorsichtige Schritte unternehmen, um ein bisschen mehr Markt und weniger Staat zuzulassen, aber ob damit bereits der unumkehrbare Weg zu einer Marktwirtschaft und Zivilgesellschaft nach westlichen Vorstellungen erreicht werden kann, darf bezweifelt werden. Die jetzige politische Führung befindet sich auf einer Gratwanderung. Absturzgefahr ist nicht auszuschließen.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
80. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Dr. Kati Schindler
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Franziska Holz
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Dr. Thure Traber

Textdokumentation

Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01806 - 14 00 50 25,
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.